

Velbert, 04.06.2014 Pressemitteilung der Piraten aus Velbert:

Velberter Piraten wollen keinen Verwaltungsbürgermeister und entscheiden sich für Gerno Böll-Schlereth!

Die designierte Piratenfraktion im Stadtrat in Velbert empfiehlt Gerno Böll-Schlereth bei der Stichwahl am 15. Juni zu wählen. Die Entscheidung wurde aufgrund einer Umfrage unter den Mitgliedern gefällt.

Bis Sonntag Abend 23:59 Uhr hatten die Velberter Piraten Zeit, sich bei der Umfrage, für einen Bürgermeisterkandidaten ihrer Wahl zu entscheiden. 60% der Piraten hatten sich für Gerno Böll-Schlereth ausgesprochen - die restlichen Stimmen entfielen auf Dirk Lukrafka oder enthielten sich.

Sprecher der Velberter Piraten Martin Schwarz : " Wir möchten einen Bürgermeister der für die Bürger da ist, mit dem man reden kann, der bereit ist neue Wege zu gehen und nicht einen der einfach so weiter macht wie bisher, das heißt für uns, keinen Bürgermeister der aus der Verwaltung kommt.Herr Böll-Schlereth war schon zu Gast bei uns am Stammtisch - auch ohne das eine Wahl anstand. Daher werde ich am 15. Juni 2014 Gerno Böll-Schlereth wählen."

Verantwortlich für den Inhalt dieser Pressemitteilung:
Piratenpartei Deutschland Landesverband Nordrhein-Westfalen
Piratenbüro für den Kreis Mettmann

Der Ansprechpartner für die Presse ist der Pressesprecher für die Piraten in Velbert:
Martin Schwarz, Tel.: 0163 / 635 83 98 martin.schwarz@piratenpartei-nrw.de

<https://velbert.piratenpartei-nrw.de>
<https://www.facebook.com/PiratenparteiVelbert>

Über die Piratenpartei Deutschland:

Die Piratenpartei Deutschland (PIRATEN) wurde am 10. September 2006 in Berlin gegründet. Die PIRATEN treten ein für mehr Transparenz des Staates, direkte Demokratie und stärkere Bürgerbeteiligung, Bekämpfung von Monopolen, gebührenfreie Bildung, Offenlegung von öffentlich geförderten Forschungsergebnissen, Stärkung der Bürgerrechte sowie Wahrung der Grundrechte. Zur Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen erweiterten die PIRATEN ihr Programm zudem um Themen wie Arbeit und Soziales, Bauen und Verkehr, Verbraucherschutz, Gesundheits- und Drogenpolitik, Kultur, Umwelt sowie Wirtschaft und Finanzen.